

IW-Trends

Intensitäten von Konjunkturkrisen im Vergleich

Michael Grömling

IW-Trends 4/2024

Vierteljahresschrift zur
empirischen Wirtschaftsforschung
Jahrgang 51



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

Postfach 10 19 42
50459 Köln
www.iwkoeln.de

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

X
x.com@iw_koeln

LinkedIn
[@Institut der deutschen Wirtschaft](https://www.linkedin.com/company/institut-der-deutschen-wirtschaft)

Facebook
[@IWKoeln](https://www.facebook.com/IWKoeln)

Instagram
[Instagram@IW_Koeln](https://www.instagram.com/Instagram@IW_Koeln)

Verantwortliche Redakteure

Prof. Dr. Michael Grömling

groemling@iwkoeln.de
0221 4981-776

Holger Schäfer

schaefer.holger@iwkoeln.de
030 27877-124

**Alle Studien finden Sie unter
www.iwkoeln.de**

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über lizenzen@iwkoeln.de.

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

ISSN 1864-810X (Onlineversion)

© 2024
Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH
Postfach 10 18 63, 50458 Köln
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-450
iwmedien@iwkoeln.de
iwmedien.de

Intensitäten von Konjunkturkrisen im Vergleich

Michael Grömling, Oktober 2024

Zusammenfassung

Die deutsche Wirtschaft stagniert im Jahr 2024 und verharrt mit ihrer Wirtschaftsleistung auf dem Stand des Jahres 2019. Der Außenhandel leidet unter geopolitischen Konflikten und der dadurch gedämpften Weltwirtschaft. Im Inland herrscht eine Investitionskrise und Kostenschocks haben die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie geschwächt. In diesem Beitrag wird die aktuelle Wirtschaftslage in Deutschland in den Kontext vorhergehender Krisen seit 1991 eingeordnet. Auf Basis eines einfachen Konzepts wird die ökonomische Intensität dieser Krisen vermessen. Aus einer Gegenüberstellung von tatsächlichem Konjunkturverlauf und dem Wachstumspfad können für die Gesamtwirtschaft und die Industrie die konjunkturellen „Unterwasser“-Zeiten bestimmt werden. Dieses Verfahren bietet sich auch für ein regelmäßiges Konjunktur- und Krisenmonitoring an. Hinsichtlich der Tiefe hat die aktuelle gesamtwirtschaftliche Problemlage aus Pandemie und geopolitischen Verwerfungen bereits das Niveau aller drei vorhergehenden Krisen zum Teil erheblich übertroffen. Was die Dauer und das finale Belastungsniveau angeht, ist jedoch abzuwarten, wie lange die aktuelle Krise anhalten wird. Dagegen waren mit Blick auf das Verarbeitende Gewerbe in den vorhergehenden Krisen die finalen „Unterwasser“-Zeiten erheblich breiter. Für eine Einordnung der Konjunkturlagen kann zudem ermittelt werden, welches Erholungstempo erforderlich ist, um aus der aktuellen Krise heraus wieder auf den bislang erfahrenen Wachstumspfad zurückzukehren. Angesichts des notwendigen Wirtschaftswachstums von jährlich 2,5 Prozent für die kommenden sechs Jahre steht ernsthaft zu befürchten, dass die deutsche Volkswirtschaft den gewohnten Entwicklungs- und Wohlstandspfad auf absehbare Zeit nicht wieder erreichen wird.

Stichwörter: Konjunktur, Strukturwandel, Geopolitik, Wirtschaftsgeschichte

JEL-Klassifikation: E32, O11, O40, N14

DOI: 10.2373/1864-810X.24-04-01

Langwierige Stagnation in Deutschland

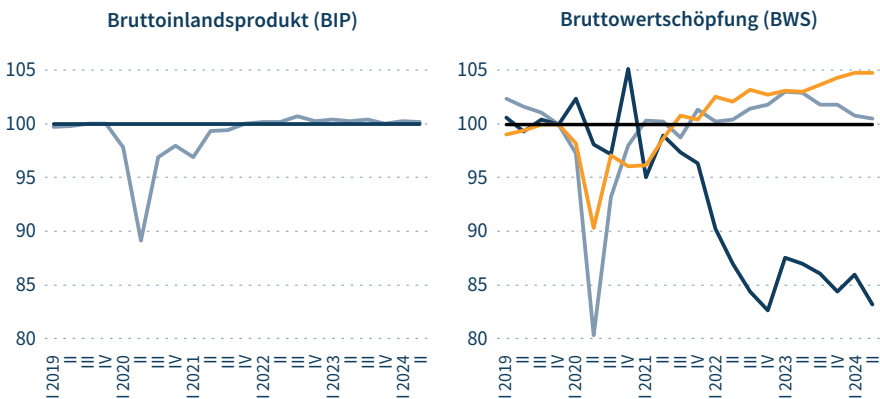
Die deutsche Wirtschaft stagniert im Jahr 2024 und verharrt mit ihrer Wirtschaftsleistung mehr oder weniger auf dem Stand des Jahres 2019, also auf dem Niveau von vor den großen ökonomischen Belastungen, die zunächst mit der Corona-Pandemie und ab Frühjahr 2022 mit dem russischen Überfall auf die Ukraine einhergehen. Mit Blick auf die Jahre 2023 und 2024 waren im Produzierenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft erhebliche Rückgänge zu verzeichnen (Abbildung 1). Die Bauwirtschaft leidet unter hohen Finanzierungs- und Baukosten sowie unter der insgesamt schwachen Investitionstätigkeit. Im Gefolge des kriegsbedingten Energiepreisschocks und der damit einhergehenden hohen Inflation stiegen die Zinsen nach einer langen Niedrigzinsphase wieder deutlich an. Die hohen Baukosten reflektieren die mit der Pandemie und dem Krieg verbundenen Material- und Energieprobleme, aber auch hohe Regulierungskosten. Für die Industriekrise können mehrere sich teils wechselseitig verstärkende Ursachen genannt werden (Grömling, 2024a):

Konjunkturelle Dynamik in Deutschland

Abbildung 1

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte, Index 4. Quartal 2019 = 100

— Verarbeitendes Gewerbe — Baugewerbe — Dienstleistungen



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 1: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/KtD7TfagScyGJfs>

Schwache Weltwirtschaft: Die geopolitischen Konflikte beeinträchtigen die internationale Investitionstätigkeit. Die infolge der kriegsbedingten Energiepreisschocks hohen Inflationsraten haben zudem den Konsum weltweit geschwächt. Diese globale Flaute dämpft die Auslandsnachfrage nach deutschen Industriegütern und den Export. In den großen Industriebereichen in Deutschland macht der Auslandsumsatz rund zwei Drittel der Geschäfte aus.

Schwache Inlandsnachfrage: Zur externen Nachfrageschwäche kommt eine gesamtwirtschaftliche Investitionskrise in Deutschland hinzu. Die Baurezession hat zu einer deutlich gesunkenen Nachfrage nach industriellen Vorleistungsgütern und bauspezifischen Investitionsgütern geführt. Zudem dämpfen die deutlich angestiegenen Finanzierungskosten die allgemeine Investitionstätigkeit in Deutschland und damit einen wichtigen Teil des deutschen Industriespektrums.

Verunsicherungen: Die geopolitischen Verwerfungen belasten nicht nur direkt die globale Investitionstätigkeit. Vielmehr erzeugen die politischen Unsicherheiten auch ein von ökonomischen Unwägbarkeiten geprägtes Wirtschaftsleben. Darüber hinaus sorgen Verunsicherungen im Kontext der energiepolitischen Transformation und vor allem der unklare wirtschaftspolitische Kurs in Deutschland für Vorsicht und Zurückhaltung bei den Unternehmen und den Konsumenten.

Verlust an Wettbewerbsfähigkeit: Nicht zuletzt hat sich auch die Wettbewerbsposition von international ausgerichteten Unternehmen generell verschlechtert, was wiederum über den Außenhandelskanal und die Investitionsneigung im Inland die Nachfrage nach Industriegütern bremst. Infolge der multiplen Kostenschocks durch stark angestiegene Energiepreise, höhere Rohstoff- und Materialkosten wegen der globalen Logistikprobleme und höhere Arbeitskosten hat die deutsche Industrie an preislicher Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Hinzu kommt eine Aufwertung des effektiven Wechselkurses des Euro gegenüber einer Reihe von internationalen Wettbewerbern.

Aus Abbildung 1 wird ersichtlich, dass der Dienstleistungssektor bislang ein konjunkturelles Gegengewicht bildet (Bardt et al., 2024). Im ersten Halbjahr 2024 lag die preisbereinigte Bruttowertschöpfung (BWS) in diesem Sektor, auf den hierzulande

rund 70 Prozent der gesamten Wirtschaftstätigkeit entfallen, um 1,6 Prozent über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Dabei waren Zuwächse in der gesamten Breite der Dienstleistungsökonomie – bei den Unternehmensdienstleistern, den konsumnahen Diensten sowie im öffentlichen und sozialen Bereich – zu verzeichnen. Die positive Einkommensentwicklung infolge der Lohnsteigerungen und der sich normalisierenden Inflationsraten sowie die expansive Staatstätigkeit begünstigen derzeit diesen Teil der deutschen Volkswirtschaft. Gleichwohl reicht dies allenfalls aus, um die Rückgänge der Industrie und der Bauwirtschaft zu kompensieren.

Konjunktur und Struktur

Die für die aktuelle Industriekrise genannten Argumente können nicht nur herangezogen werden, um die schlechte Konjunkturlage zu verstehen. Sie überschneiden sich zum Teil mit den langfristig wirkenden Strukturschocks (Übersicht). Konjunkturelle und strukturelle Faktoren können sich überlagern und wechselseitig beeinflussen. Die Pandemie und die gegenwärtigen geopolitischen Verwerfungen zeigen, dass konjunkturelle Schocks auch Veränderungen im Branchengefüge einer Volkswirtschaft auslösen können. Konzeptionell sind unter Konjunktur die Schwankungen bei der Auslastung eines gegebenen Produktionspotenzials zu verstehen (für weitere Messkonzepte s. etwa Döhrn, 2014, 37 ff.). Das Produktionspotenzial beschreibt dabei die

Belastungsfaktoren für die deutsche Wirtschaft

Übersicht

Akute Konjunkturschocks

Weltwirtschaft & Geopolitik

Multiple Verunsicherungen

Investitionen & Konsum im Inland

Verlust an Wettbewerbsfähigkeit

Permanente Strukturschocks

Geopolitische Neuordnung

Transformation & Klimawandel

Standortqualität & Innovationen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft bei einer Normalauslastung ihrer Produktionsfaktoren. Die Auslastung wird mit dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), also dem tatsächlichen Volumen an produzierten Waren und Dienstleistungen, gemessen. Strukturschocks haben (neben dem neutralen technischen Fortschritt und der Faktorakkumulation) einen direkten Einfluss auf das Niveau und die Zusammensetzung des Produktionspotenzials. Dabei können sich auch die Anteile der verschiedenen Wirtschaftsbereiche an der gesamtwirtschaftlichen BWS verändern.

Unter strukturellen Gesichtspunkten sorgen seit geraumer Zeit geopolitische Veränderungen und Anpassungslasten (s. unten) für eine ökonomische Neuorientierung (Hüther et al., 2024). Das bezieht sich auf die mittel- bis langfristige Bedeutung von bisher gewohnten Absatzmärkten, die Zuverlässigkeit von internationalen Lieferketten und Logistiksystemen, die Rohstoff- und Energieversorgung und nicht zuletzt auf den internationalen Wissenstransfer. Die infolge der Pandemie erfahrenen Einschränkungen erhalten durch den geopolitischen Zeitenwandel neue Anspannungen und Unwägbarkeiten. Hinzu kommen die direkten Anpassungslasten für die Unternehmen durch den Klimawandel und die politischen Transformationsziele. Die akuten Verschlechterungen bei der Wettbewerbsfähigkeit müssen auch in einem langfristigen Kontext gesehen werden. Die Standortqualität wird von vielfältigen Rahmenbedingungen, wie die Fachkräfteverfügbarkeit, die Energieversorgung und die unterschiedlichen Infrastrukturen, sowie nicht zuletzt durch die wirtschaftspolitische Grundausrichtung beeinflusst. Generell prägen vier große Trends – Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie und De-Globalisierung (4D) – das aktuelle und künftige Wirtschaftsleben (Demary et al., 2024). Obwohl die Unternehmen in Deutschland gemäß einer Befragung mit dem IW-Zukunftspanel die Bedeutung dieser 4D-Trends unterschiedlich einschätzen, besteht in den Bereichen Klimaschutz, Energiewende und Digitalisierung ein hoher Anpassungsbedarf. All dies beeinflusst die wirtschaftliche Entwicklung in der kurzen und langen Frist.

Einordnung der aktuellen Krise in die konjunkturellen Wechsellagen

In dem vorliegenden Beitrag wird die aktuelle Wirtschaftslage in Deutschland in den Kontext vorhergehender Krisen in Deutschland ab dem Jahr 1991 eingeordnet.

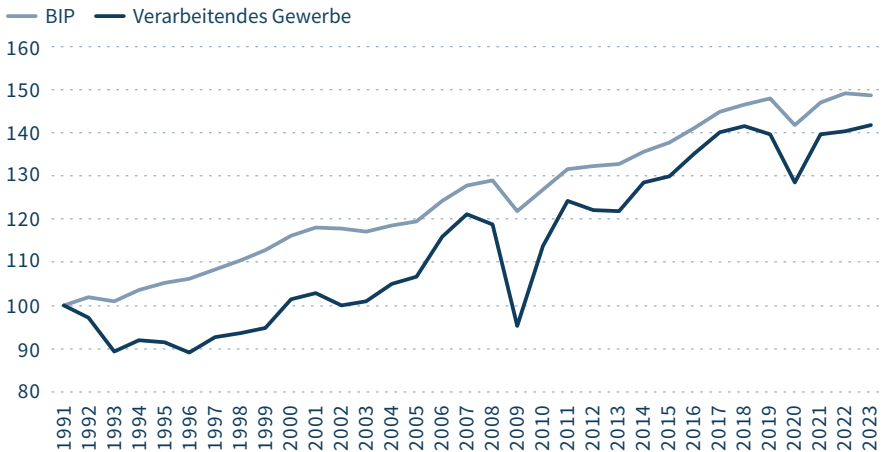
Abbildung 2 zeigt zum einen die Entwicklung des preisbereinigten BIP auf Basis von Jahreswerten mit den vier abgeschlossenen Krisen: (1) Krise nach dem Wiedervereinigungsboom, (2) Stagnationskrise ab 2001, (3) globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009, (4) Pandemiekrise. Zum anderen ist die Entwicklung der preisbereinigten BWS des Verarbeitenden Gewerbes dargestellt. Daraus wird ersichtlich, dass in Deutschland in den letzten drei Dekaden (wie auch zuvor in Westdeutschland) Konjunkturkrisen mit ausgeprägten Industriekrisen einhergingen (Grömling, 2024b). Die Corona-Pandemie stellt zwar eine Ausnahme dar, gleichwohl war auch in dieser Konjunkturkrise der Einbruch der industriellen Wertschöpfung stärker als im Dienstleistungssektor, der erstmals einen Einbruch erlebte (s. Abbildung 1).

Für die Verortung der aktuellen Industrie- und Wirtschaftslage im historischen Kontext werden zunächst die bisherigen Krisen kurz beschrieben (s. auch Grömling, 2024c). Anschließend wird auf Basis eines einfachen Konzepts das ökonomische Ausmaß dieser Krisen vermessen. Zudem wird mit Blick auf die aktuelle Wirtschaftslage untersucht,

Langfristige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Abbildung 2

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigtes BIP und BWS der Industrie, Index 1991 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 2: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/FTL3Rfe6Z4dib6F>

welches Erholungstempo die deutsche Wirtschaft in den kommenden Jahren aufweisen müsste, um wieder Anschluss an die bisherige wirtschaftliche Entwicklung zu finden. Diese künftig notwendige Dynamik wird an den gemachten Erfahrungen in der Vergangenheit reflektiert. Generell bietet sich dieses einfache Verfahren ebenso an, um ein regelmäßiges Konjunktur- und Krisenmonitoring vorzunehmen.

Wiedervereinigungsboom und Krise 1992 bis 1996

In ökonomischer Hinsicht hatte die Wiedervereinigung die westdeutsche Volkswirtschaft zunächst deutlich belebt. Im Gegensatz zu einer Reihe von großen Industrieländern wie die USA, das Vereinigte Königreich und Japan, die allesamt Anfang der 1990er Jahre eine Rezession durchlebten, konnte Westdeutschland eine Sonderkonjunktur genießen. In den Jahren 1990 und 1991 stieg das reale BIP in Westdeutschland jeweils um über 5 Prozent an – so stark wie über die gesamten 1980er Jahre nicht. Die Zuwanderungen hatten in Westdeutschland einen Bauboom ausgelöst. Hinzu kam der vom Aufbau Ost angetriebene Bauboom im Osten – mit positiven Auswirkungen auf die westdeutschen Zulieferindustrien.

Allerdings währte der Wiedervereinigungsboom nur eine kurze Zeit und im Jahr 1993 kam es zu einer Rezession. Abbildung 2 zeigt, dass die deutsche Industrie bereits 1992 in eine lang anhaltende Krise geriet und erst im Jahr 2000 wieder das Niveau von 1991 erreichte. Diese lange und ausgeprägte Industriekrise hat insgesamt dazu geführt, dass die industrielle Entwicklung bis heute, trotz des zwischenzeitig weit überdurchschnittlichen Industriewachstums, sichtlich hinter der gesamtwirtschaftlichen Dynamik zurückgeblieben ist (Abbildung 2). Die mit der Krise einhergehenden strukturellen Anpassungen betrafen allerdings nicht nur Ostdeutschland, sondern sie waren gesamtwirtschaftlich gesehen ein ausgeprägtes westdeutsches Industrieproblem.

Im Gefolge der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion verloren zunächst ostdeutsche Güter an Wettbewerbsfähigkeit, denn die Währungsunion (Einführung der D-Mark) bedeutete für die ostdeutschen Unternehmen einen starken nominalen Lohnanstieg. Zudem wurde die Lohnangleichung an den Westen als ein politisches Ziel formuliert. Infolge des veralteten Kapitalstocks und der relativ niedrigen Arbeitsproduktivität wurde somit ein Großteil der industriellen Kapazitäten schnell obsolet. Vorher

hochsubventionierte Produkte waren unter diesen Bedingungen kaum mehr wettbewerbsfähig. Der relative Bedeutungsverlust der ostdeutschen Industrie wurde aber bereits im Jahr 1992 gestoppt und ab dem Jahr 1993 verlor vor allem die westdeutsche Industrie Anteile an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung.

Das schnelle Ende des Wiedervereinigungsbooms in Westdeutschland kann mit den folgenden Entwicklungen erklärt werden: Das westdeutsche Exportgeschäft begann, nicht nur wegen der Umleitung von Gütern von West nach Ost, sondern auch wegen der globalen Nachfrageschwäche nachzulassen. Zudem litt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft unter dem starken Anstieg der Löhne und Lohnnebenkosten. Außerdem wertete die D-Mark vom Jahr 1992 an im Gefolge der Krisen im Europäischen Währungssystem (EWS) und im Jahr 1994 aufgrund der Tequila-Krise in Mexiko stark auf. Als Folge dieser strukturellen Anpassungslasten – hohe Lohnkostensteigerungen, markante Wechselkursaufwertungen, schlechtere Standortbedingungen infolge steigender Steuern und Sozialabgaben – kam es zu groß angelegten Restrukturierungen und einer Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung in der deutschen Industrie. Diese Anpassungen werden nicht nur anhand der schlechten Wertschöpfungsentwicklung sichtbar (Abbildung 2), sondern auch am Abbau von Arbeitsplätzen. So sank die Anzahl der Erwerbstätigen in der Industrie im Zeitraum 1991 bis 1995 von 10 auf 8 Millionen.

Der Zeitraum 1997 bis 2000 war trotz der ab Mitte der 1990er Jahre einsetzenden und langen Baukrise wieder eine lebhafte Zeit für die deutsche Wirtschaft. Zum einen stimulierte der sogenannte New-Economy-Boom die Wirtschaft. Mithilfe der neuen Informations- und Kommunikationstechniken konnten Produktionsprozesse optimiert und internationale Produktionsnetzwerke leichter aufgebaut werden. Diese Neuerungen lösten einen deutlichen Anstieg der entsprechenden Investitionen und einen Börsenboom aus. Auch die Lohnstückkostenposition der deutschen Industrie verbesserte sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gegenüber dem Ausland. Außerdem hatte die D-Mark gegenüber wichtigen Währungen in dieser Zeit nicht weiter aufgewertet. Mit der Einführung des Euro zum Jahresbeginn 1999 hatte die für die Mitgliedsländer des Euroraums nunmehr relevante Währung sogar deutlich abgewertet, was die deutsche Exporttätigkeit begünstigte.

Lange Stagnation von 2001 bis 2005

Im Gefolge dieser positiven ökonomischen Entwicklungen herrschte zur Jahrtausendwende in Deutschland eine vergleichsweise große Zuversicht in die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Das Jahr 2000 war für die deutsche Wirtschaft das wachstumsstärkste Jahr seit der Wiedervereinigung. Jedoch setzte im Jahresverlauf 2001 – wie auch in anderen Ländern – eine deutliche Verlangsamung ein. Die US-Wirtschaft war bereits Mitte des Jahres 2000 rückläufig und befand sich im Sommer 2001 in einer Rezession. Mehrere Faktoren erklären diese Krisen: Im Jahr 2000 kam es nach einer langen Phase niedriger und stabiler Ölpreise zu einem starken Anstieg. Mit gut 28 US-Dollar pro Barrel im Jahresdurchschnitt lagen sie um gut 10 US-Dollar über dem Vorjahreswert. Innerhalb von zwei Jahren hatte sich der Ölpreis mehr als verdoppelt. Danach beruhigte sich die Lage nur leicht und im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2003 lagen die Ölpreise um rund 50 Prozent über dem Durchschnitt der 1990er Jahre. Die damit einhergehenden Kaufkraftverluste bremsten den Konsum. Energieintensive Branchen erlebten einen Kostenschock. Zudem platzte im Jahr 2000 die sogenannte New-Economy-Blase. Die fehlende Nachhaltigkeit einer Reihe von Firmen der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) und Bilanzierungsskandale in den USA führten zu Einbrüchen an den Börsen mit negativen Auswirkungen auf die Unternehmensfinanzierung und zu negativen Vermögenseffekten. Schließlich verursachten die Terroranschläge im Jahr 2001 einen Anstieg der politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten und belasteten das weltweite Investitionsklima. Nachdem der Euro zunächst bis Ende 2000 gegenüber dem US-Dollar abgewertet hatte, kam es ab Anfang 2002 bis Mitte 2003 zu einer starken Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar um 30 Prozent und somit zu einer Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Die deutsche Volkswirtschaft litt offensichtlich stärker unter diesen Belastungen als etwa die US-Wirtschaft oder andere europäische Länder. Abbildung 2 veranschaulicht die bis dahin längste Stagnationsphase in Deutschland in der Nachkriegszeit vom Frühjahr 2001 bis zum Jahr 2005. Die aufgezeigte Kumulation von negativen Schocks traf zudem auf ein wirtschaftliches Umfeld, das von ausgeprägten Standortproblemen und verschleppten Reformnotwendigkeiten geprägt war (SVR, 2002). Die hartnäckig hohe und ansteigende Arbeitslosigkeit bringt diese Strukturprobleme gut zum Ausdruck. Die Anzahl der Arbeitslosen stieg von 2001 bis 2005 um gut 1 Million auf fast 4,9 Millionen

an. Dabei ist vor allem in Westdeutschland die Arbeitslosigkeit stark angestiegen. Ein weiterer Indikator für die Strukturprobleme war die ausgeprägte Investitionskrise. Die Bruttoanlageinvestitionen waren von 2001 bis 2004 durchgängig rückläufig. Diese ausgeprägte wirtschaftliche Schwäche war schließlich der Auslöser für die im März 2003 angekündigte Agenda 2010 mit ihren umfassenden Reformmaßnahmen.

Globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise von 2008/2009

Aufgrund einer guten globalen Entwicklung und der eingeleiteten Reformen war ab dem Jahr 2005 eine starke wirtschaftliche Erholung in Deutschland zu verzeichnen und im Jahr 2006 konnte wieder Anschluss an den Wachstumspfad aus den 1990er Jahren gefunden werden (s. unten). Im Jahr 2009 kam es auf Basis von Jahreswerten allerdings zu dem bislang stärksten Wirtschaftseinbruch in Deutschland seit den 1950er Jahren. Der Rückgang beim realen BIP war mit 5,5 Prozent sichtlich höher als im Pandemiejahr 2020 (-4,1 Prozent). Auslöser dieser Krise war eine Überhitzung am Immobilienmarkt in den USA. Infolge einer expansiven Geldpolitik (aufgrund der Finanzmarktprobleme durch das Platzen der New-Economy-Blase und der geopolitischen Schocks durch die Terroranschläge des Jahres 2001) sowie der politisch gewünschten Vergabe von Hypothekenkrediten an Kreditnehmer mit geringerer Bonität kam es zu einer starken Immobiliennachfrage und zu stark steigenden Immobilienpreisen in den USA. Im Kontext der ebenfalls stark ansteigenden Kreditvergabe an private Haushalte wurden die Kredite von Schuldern mit geringer Bonität (Subprime-Hypotheken) verbrieft und weltweit verkauft. Infolge wieder ansteigender Zinsen kamen Haushalte mit niedrigen und schwankenden Einkommen ab dem Jahr 2004 in Bedrängnis bei der Bedienung ihrer Kredite – mit entsprechenden Risiken und Folgen für die direkt betroffenen Banken. Sinkende Immobilienpreise verstärkten im Jahr 2007 die Notlagen der Schuldner insgesamt (über die sinkende Kreditabsicherung) und der Finanzinstitute (über ansteigende Kreditausfälle und einen steigenden Abschreibungsbedarf). Da die zugrunde liegenden Immobilienkredite weltweit verkauft wurden, beschränkten sich die Anpassungslasten nicht nur auf die Banken, die direkt in die Kreditvergabe involviert waren. Es entstand eine weltweite Ansteckung durch Kreditausfallrisiken und eine Vertrauenskrise an den Finanzmärkten: Banken gewährten sich kaum noch Kredit untereinander und die Zinsen am Interbankenmarkt stiegen stark an. Einen Höhepunkt in dieser systemischen Finanzmarktkrise stellt der Konkurs der US-Invest-

mentbank Lehman Brothers im September 2008 dar. Im Gefolge dieser Entwicklungen setzten dann auch vielfältige realwirtschaftliche Übertragungseffekte („spillover“) ein (Grömling, 2024b): Steigende Zinsen und Risikoprämien, höhere Sicherheitsanforderungen bei der Kreditvergabe sowie die insgesamt eingeschränkte Kreditvergabe der Banken führten zu einer Kreditklemme („credit crunch“) für private Haushalte und Unternehmen. Daraufhin kam es zu einem Einbruch der Investitionstätigkeit in vielen Ländern und zu einem Ende des zuvor stattgefundenen globalen Investitionsbooms. Die Abnahme der weltweiten Investitionsgüternachfrage führte in Deutschland zu einem starken Einbruch der Investitionsgüterproduktion und somit zu einer stärkeren Beeinträchtigung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Vergleich mit anderen Volkswirtschaften.

Aus Abbildung 2 ist ersichtlich, dass die deutsche Industrie nach dem starken Einbruch im Winterhalbjahr 2008/2009 eine schnelle Erholung erzielen konnte, die jedoch im dritten Quartal 2011 ihr Ende fand. Dies war eine Folgewirkung der globalen Finanzmarktkrise. Nach der Ansteckung der Realwirtschaft durch die Finanzmarktkrise kam es zu einer Staatsschuldenkrise im Euroraum und zu einer erneuten Industrierezession in Deutschland in den Jahren 2011 und 2012. Auch hier kann eine rückläufige Nachfrage nach Investitionsgütern (vor allem in Europa) als eine Hauptursache diagnostiziert werden. Ab Anfang 2013 setzte dann eine Erholung der internationalen Investitionstätigkeit und eine mehrjährige Expansion der Industrieproduktion in Deutschland ein – mit starken gesamtwirtschaftlichen Impulsen (Hüther, 2017). Diese Entwicklung erreichte zum Jahresende 2018 ihren Höhepunkt.

Pandemiekrise 2020 und 2021

Die deutsche Industrie verlor bereits im Jahresverlauf 2018 merklich an Tempo. Ab dem zweiten Quartal 2019 war auf gesamtwirtschaftlicher Ebene kaum noch Bewegung zu beobachten und die Industrie befand sich in einer Rezession. Dafür wurden im Wesentlichen zwei Erklärungen angeführt: Die deutsche Industrie bekam aufgrund ihrer hohen Weltmarktorientierung die sich abkühlende Weltkonjunktur unmittelbar zu spüren. Geopolitische Verunsicherungen – vor allem in einer Reihe von Schwellenländern – und die offen ausgetragenen Handelskonflikte zwischen den USA und China sowie den USA und Europa belasteten die Weltkonjunktur und die Investitionsneigung

rund um den Globus und dies nahm dem deutschen Exportgeschäft den Schwung. Des Weiteren fanden vor allem im Automobilbereich Produktionsanpassungen statt. Während im zweiten Halbjahr 2018 Verzögerungen bei einem weltweiten Genehmigungsstandard (Worldwide harmonized Light vehicles Test Procedure – WLTP) der Branche zusetzten, machten sich Protektionismus und strukturelle Anpassungen durch neue Technologien bemerkbar.

Zunächst erwarteten die Unternehmen für das Jahr 2020 eine Fortsetzung der Schwächephase (Grömling, 2019). Die zum Jahresende 2019 in China ausgebrochene und zum Jahresanfang 2020 mehr und mehr sichtbare Corona-Pandemie wurde ab dem Frühjahr 2020 zu einer Schock-Kombination mit vielfältigen ökonomischen Folgen (Grömling, 2020): Es handelte sich im Gegensatz zu anderen Rezessionen um einen weltumfassenden Schock. Im Gegensatz zu vorhergehenden Konjunkturkrisen, die meistens durch ein spezifisches Ereignis (z. B. Ölpreisschock oder Finanzmarktprobleme) ausgelöst wurden, entfaltete sich die Coronakrise schnell als eine Kombination von multiplen Angebots- und Nachfrageschocks. Die Erkrankungen und die gesundheitspolitischen Einschränkungen beeinträchtigten die Produktionsprozesse. Vorleistungslieferungen blieben produktions- und transportbedingt aus und damit kamen zeitlich eng getaktete Produktionsnetzwerke aus dem Tritt. Die Lockdown-Maßnahmen lähmten ebenfalls die Nachfrageseite. Ein Teil der Konsummöglichkeiten fiel im Gefolge der Lockdowns schlichtweg aus. Beschäftigungs- und Einkommenssorgen verstärkten dies. Zudem gingen die für die Modernisierung wichtigen Ausrüstungsinvestitionen stark zurück. Zumindest mit Blick auf Deutschland waren frühere Konjunkturkrisen in der Regel Industriekrisen (s. Abbildung 2). Die Pandemie und die zu ihrer Eindämmung vorgenommenen Maßnahmen trafen sowohl den Industriesektor als auch große Teile der Dienstleistungsökonomie (s. Abbildung 1). Letztere hatten in früheren Krisen meist die Konjunktur stabilisiert. Diesmal kamen vor allem die personenbezogenen Servicefirmen selbst heftig unter Druck. Die Unsicherheiten über den Verlauf der Pandemie und bezüglich eines Erfolgs bei der Suche nach Impfstoffen und Therapien sorgten zunächst auch für ökonomische Ungewissheiten – etwa hinsichtlich weiterer Erkrankungswellen und erneuter Lockdown-Maßnahmen. Politik und Bevölkerung wurden von den mehrfachen und vom Umfang zunehmenden Infektionswellen immer wieder überrascht.

Ukraine-Krieg und geopolitische Zeitenwende

Trotz der mehrfachen Infektionswellen kam es ab dem zweiten Halbjahr 2020 zu einer anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Erholung (s. Abbildung 1). Nach dem Einbruch in Höhe von 4,1 Prozent im Jahr 2020 legte das reale BIP im Folgejahr um 3,7 Prozent zu. Auch für das Jahr 2022 war eine verbreitete Zuversicht unter den Unternehmen in Deutschland zu beobachten (Grömling, 2021). Der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 setzte dieser positiven Erwartungshaltung ein abruptes Ende (Grömling, 2022). Zu den in Teilen immer noch wirksamen pandemiebedingten Liefer- und Produktionsproblemen kamen ab dem Frühjahr 2022 ernsthafte Verunsicherungen hinsichtlich der mengenmäßigen Energieversorgung, was energieintensive Wirtschaftsbereiche direkt in ihrer Produktions- und Investitionstätigkeit traf. Die kriegsbedingten Versorgungsrisiken mit Energie und Rohstoffen verursachten erneute Kostenschocks und sorgten in den Unternehmen für zusätzliche Transaktionskosten mit entsprechenden Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit. Nicht zuletzt belastete das in vielen Ländern erheblich höhere Preisniveau auf der Erzeuger- und Verbraucherebene unmittelbar die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern. In Abbildung 1 war bereits der starke Einbruch in der Bauwirtschaft im Jahr 2022 zu sehen. Im Jahresverlauf 2023 verlor die Weltwirtschaft merklich an Schwung, was wiederum dem Außenhandel in vielen Ländern zusetzte. Insofern sich durch geopolitische Schocks die Rahmenbedingungen für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen verschlechtern, beeinträchtigen die damit einhergehenden Anpassungslasten direkt die Hersteller handelbarer Güter. Über die intersektoralen Verbundeffekte wirken diese Lasten auch in andere Wirtschaftsbereiche, wie die industrienahen Dienstleistungsbereiche, hinein. Angesichts der insgesamt unsicheren Wirtschaftsperspektiven und steigender Finanzierungskosten halten sich die Unternehmen mit ihren Investitionen auch am aktuellen Rand stark zurück (Bardt et al., 2024).

Es wurde bereits angesprochen, dass sich die deutsche Industrie bereits im Jahr 2019 auch aufgrund von geopolitischen Schocks in einer Rezession befand. Die geoökonomische und politikgetriebene Fragmentierung („policy-driven reversal of integration“) ist seit mehr als einer Dekade zu beobachten und die Folge mehrerer Entwicklungen (Aiyar et al., 2023; Obst et al., 2024): Politischer Populismus in fortgeschrittenen und aufstrebenden Volkswirtschaften fördert und forciert Protektionismus. Dies reflek-

tiert zum Teil auch Unzufriedenheit mit der bisherigen Globalisierung und deren tatsächlichen und wahrgenommenen Verteilungseffekten. Des Weiteren verstärkt der Systemkonflikt zwischen den USA und China die Abschottungsmechanismen von Volkswirtschaften über Handelshemmnisse. Vor diesem Hintergrund haben sich ebenfalls die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und China verschlechtert. In diesem Kontext besteht auch Unsicherheit, wie sich die politische Neupositionierung von großen Schwellenländern auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen auswirken kann. Auch die Corona-Pandemie dürfte (zwischenzeitig) zur geopolitischen Fragmentierung beigetragen haben. Die Störungen der globalen Lieferketten und die damit einhergehenden Produktions- und Versorgungsbeschränkungen haben die Forderungen nach ökonomischer Souveränität und einer höheren Resilienz von Wertschöpfungsketten ausgelöst und vorweg bereits bestehende Neuorientierungen verstärkt (Hüther et al., 2024). All dies beeinträchtigt zum einen direkt die Investitionstätigkeit über beschränkte Wirtschaftsaktivitäten und zum anderen indirekt über die mit den geopolitischen Schocks einhergehende Verunsicherung.

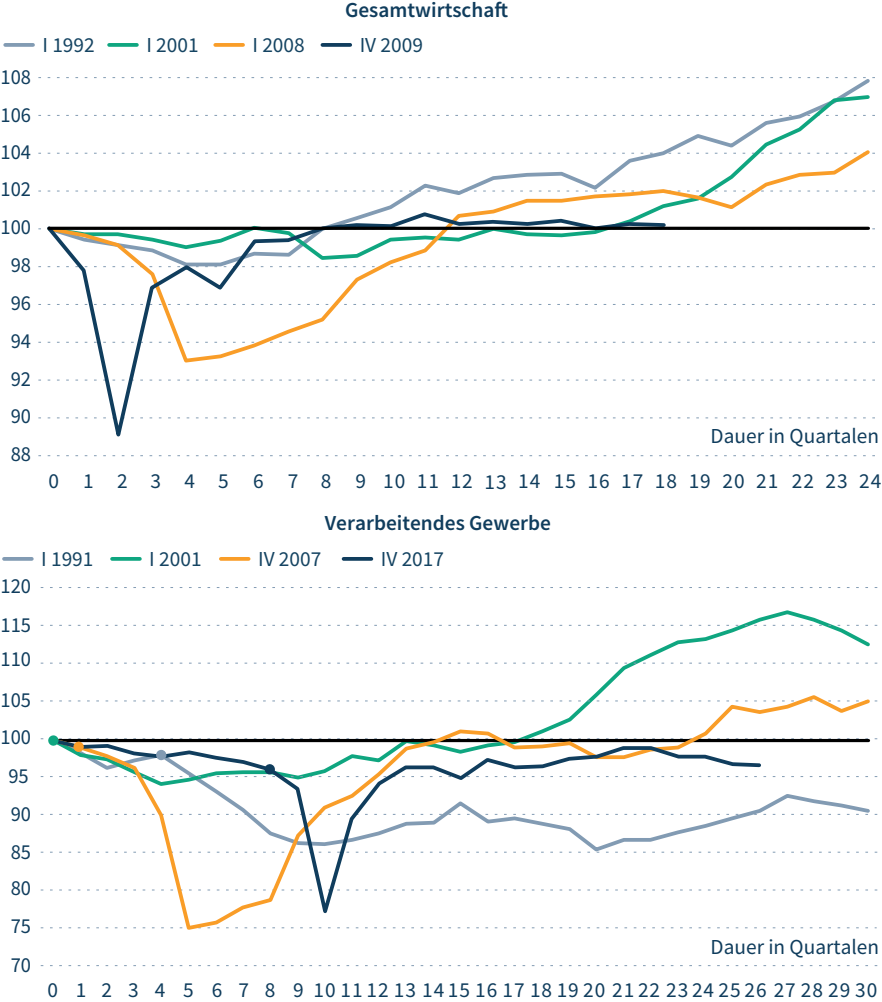
Dauer und Ausmaß der Krisen

Ziel und Gegenstand des vorliegenden Beitrags ist es, ein anschauliches Verfahren zur Bewertung der aktuellen konjunkturellen Situation vor dem Hintergrund der bislang in Deutschland stattgefundenen und oben beschriebenen Konjunkturkrisen zu bieten.

In Abbildung 3 werden zunächst die Dauer und die Tiefe der Konjunktur- und Industriekrisen in Deutschland seit Anfang der 1990er Jahre dargestellt. Es wird die Entwicklung des preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten BIP und der gleichermaßen bereinigten BWS des Verarbeitenden Gewerbes auf Basis von Quartalswerten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) gezeigt. Dazu sind die Zeitreihen jeweils auf das Quartal vor dem Beginn einer Rezession indexiert. So markiert das erste Quartal 2020 den Start der gesamtwirtschaftlichen Rezession. Für das Verarbeitende Gewerbe wird der Zeitpunkt jedoch schon auf das erste Quartal 2018 gelegt. Entsprechend beginnen die Zeitreihen mit dem vierten Quartal 2019 respektive dem vierten Quartal 2017:

Dauer und Tiefe der Konjunktur- und Industriekrisen in Deutschland Abbildung 3

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigtes BIP und BWS des Verarbeitenden Gewerbes;
Index: Quartal mit dem letzten Höhepunkt = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 3: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/8zGd8WtTK9gbiBj>

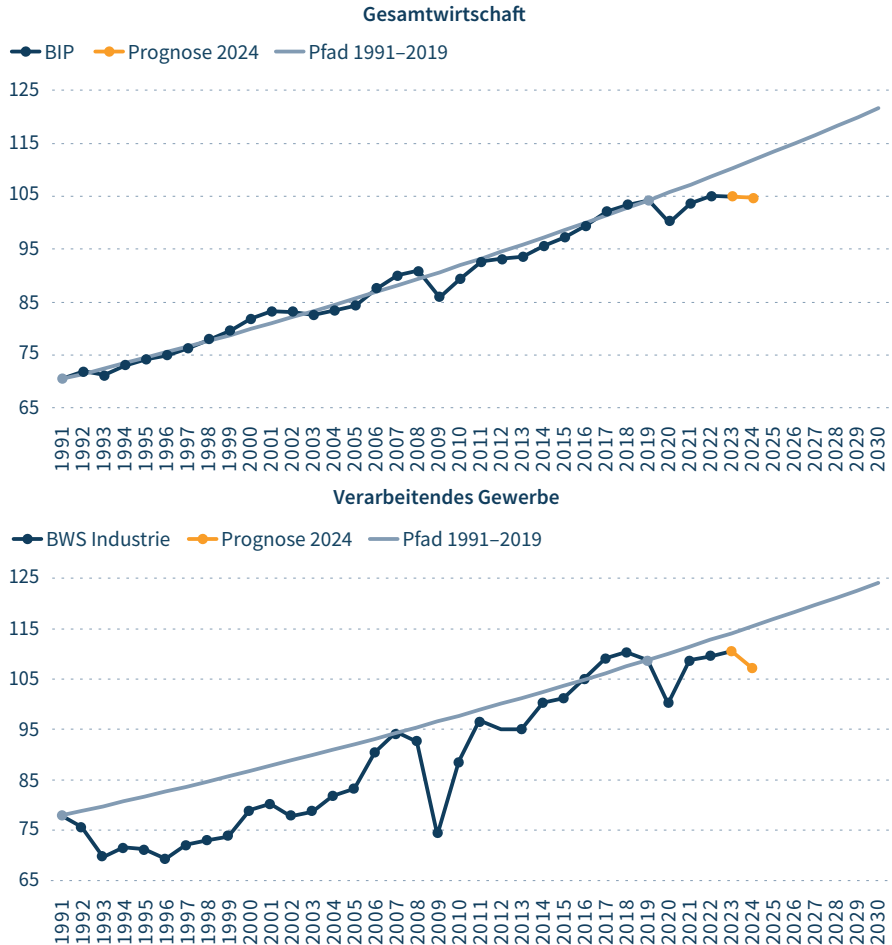
- Mit Blick auf die **Gesamtwirtschaft** und Quartalswerte war der Einbruch im Gefolge der Corona-Pandemie der bislang stärkste, gefolgt von jenem während der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009. Das Vorkrisenniveau wurde bei der Pandemiekrise relativ schnell im achten Quartal fast erreicht. Abbildung 1 hat bereits gezeigt, dass seitdem jedoch keine konjunkturelle Bewegung mehr zu sehen ist. Die gesamtwirtschaftliche Erholungszeit hin zum Vorkrisenniveau beanspruchte dagegen bei der Finanzmarktkrise und bei der Stagnationskrise einen deutlich längeren Zeitraum, woraufhin dann jeweils ein anhaltender Aufschwung einsetzte.
- Ein in Teilen deutlich anderes Bild ist beim Blick auf die **Industrie** zu erkennen. Das signalisiert bereits die erheblich größere Skalierung im unteren Teil von Abbildung 3. Den insgesamt stärksten Einbruch musste das Verarbeitende Gewerbe während der Finanzmarktkrise 2009 durchleben, gefolgt von dem tiefen Fall im zweiten Quartal 2020. Nachdem das Vorkrisenniveau bei der Finanzmarktkrise zunächst nach 14 Quartalen kurzfristig wieder erreicht wurde, kam es danach durch die europäische Staatsschuldenkrise zu einer erneuten und über zehn Quartale andauernden Industrieschwäche. Die Coronakrise hatte bereits einen zweijährigen Vorlauf (2018 und 2019), bis es zum starken Rückgang im zweiten Quartal 2020 kam. Jedoch war nach der schnellen Erholung im Krisenjahr 2020 kein weiterer Aufschwung eingetreten. Während das Wirtschaftsvolumen von Ende 2019 wieder erreicht werden konnte (s. Abbildung 1), wird das Vorkrisenniveau von Ende 2017 durchgehend verfehlt. Die Industrie war von der Stagnationskrise ab 2001 relativ moderat betroffen. Dagegen vollzog sich die im Jahr 1991 beginnende Industriekrise über die gesamten 1990er Jahre hinweg und das Wertschöpfungsniveau von Anfang 1991 konnte erst wieder Anfang 2001 erreicht werden – zu einem Zeitpunkt, als die nächste Industrierezession einsetzte.

Bei der Bewertung einer Rezession anhand des Produktionsvolumens vor Ausbruch der Krise wird zum einen unterstellt, dass eine Rückkehr zum Vorkrisenniveau als normal oder selbstverständlich angesehen wird. Zum anderen wird nicht berücksichtigt, dass sich das Wirtschaftsleben ohne Krise weiterentwickelt hätte und voraussichtlich nicht auf dem Niveau des Quartals vor der Krise stehengeblieben wäre. Aus diesem Grund wurde für eine Schätzung der Wertschöpfungsverluste, die mit der Corona-Pandemie einhergingen (Grömling, 2024c), der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung ein kontra-

Wachstumspfad und tatsächliche Entwicklung in Deutschland

Abbildung 4

Tatsächlicher Verlauf des preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten BIP und der BWS des Verarbeitenden Gewerbes und Prognose für 2024 (Index: Jahresdurchschnitt 2020 = 100) und Wachstumspfad mit dem jeweiligen Durchschnittswachstum der Gesamtwirtschaft und des Verarbeitenden Gewerbes im Zeitraum 1991 bis 2019 mit Fortschreibung bis 2030



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 4: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/RL6kDi78gK4sZr4>

faktischer Konjunkturverlauf gegenübergestellt. Für diesen Analysezweck wurde ein ökonomisches Umfeld angenommen, in dem es die Pandemie und den Krieg in der Ukraine, den Konflikt im Nahen Osten und die damit verbundenen geoökonomischen Anpassungslasten nicht gab. Für die Ableitung eines solchen kontrafaktischen Verlaufs kann beispielsweise die wirtschaftliche Entwicklung mit einem Verlaufstempo fortgeschrieben werden, das sich an der Konjunkturdynamik in der Vergangenheit orientiert. Es können auch Langfristprognosen herangezogen werden, die vor dem Eintritt der entsprechenden Krisen vorgenommen wurden.

In Abbildung 4 ist zum einen der tatsächliche Verlauf des preis-, saison- und arbeitstäglichen bereinigten BIP (oberer Teil) und der BWS des Verarbeitenden Gewerbes (unterer Teil) für den Zeitraum 1991 bis 2023 zu sehen. Während in Abbildung 3 Quartalswerte herangezogen wurden, wird im Folgenden mit Jahreswerten gearbeitet. Diese Zeitreihe wurde mit einer Prognose für das Jahr 2024 (Bardt et al., 2024) fortgeschrieben.

Zum anderen befindet sich in Abbildung 4 sowohl für die Gesamtwirtschaft als auch für die Industrie ein Wachstumspfad. Dieser kann als ein Referenzverlauf für eine vollständig störungsfreie Entwicklung interpretiert werden, wenngleich die Krisen der Vergangenheit auch die gesamte Dynamik des Wachstumspfads mit beeinflussen. Den Pfaden in Abbildung 4 liegen für die Gesamtwirtschaft und die Industrie jeweils das Durchschnittswachstum für den Zeitraum 1991 bis 2019 zugrunde. Die aktuelle Krisenphase ab dem Jahr 2020 wird hierfür nicht berücksichtigt – ansonsten würde sich das Durchschnittswachstum um 0,15 Prozentpunkte vermindern. Vor allem der Blick auf den gesamtwirtschaftlichen Pfad zeigt, dass die tatsächliche Entwicklung nach den bisherigen Krisen immer wieder zu diesem Entwicklungspfad zurückfand. Das gilt ebenso für die Industrie trotz der ausgeprägten Abweichungen.

Als Alternative zu dieser linearen Pfadbetrachtung könnte eine Trendlinie herangezogen werden. Bei einem linearen Trend wird die wirtschaftliche Referenzentwicklung auf Basis von absolut gleichen jährlichen Veränderungen gemessen – mit entsprechend niedriger werdenden Veränderungsdaten des Trendpfads im Zeitverlauf. Das hier gewählte Vorgehen stellt dagegen auf einen Entwicklungspfad mit prozentual gleichbleibenden Veränderungen ab, was einem exponentiellen Trend nahekommt.

Dem kommt auch ein Trendverlauf mit einem Hodrick-Prescott-Filter näher, bei dem ein sehr hoher Glättungsparameter verwendet wird. Der Glättungsparameter „bestraft“ das Ausmaß der Abweichungen des Trends von der Originalreihe (s. hierzu ausführlich Döhrn, 2014, 47). Je kleiner die Glättung beim Hodrick-Prescott-Filter gewählt wird, desto stärker nähert sich der Trend der Originalreihe an und umso stärker nimmt der Trend die Kriseneffekte und Zyklik mit auf. Dies soll bei der hier gewählten Vorgehensweise explizit nicht der Fall sein, sondern es wird eine insgesamt störungsfreie kontrafaktische Entwicklung als Referenz gewählt, aus der sich wiederum ein bewusst gewählter stetiger Wohlstandsfortschritt ableiten lässt.

Aus der Gegenüberstellung von tatsächlichem Verlauf und dem Wachstumspfad können für die Gesamtwirtschaft und die Industrie die konjunkturellen „Unterwasser“-

Dauer und Tiefe der Konjunktur- und Industriekrisen

Tabelle

		Krise nach Wieder-vereinigung	Stagnations-krise	Finanzmarkt-krise	Pandemie-krise / Geo-politikkrise
Gesamtwirtschaft					
Startquartal		2. Quartal 1992	2. Quartal 2001	2. Quartal 2008	1. Quartal 2020
Vorkrisenniveau¹⁾	Dauer in Quartalen	7	16	11	8
	Tiefe ³⁾	-3	-2	-10	-6
Pfad²⁾	Dauer in Jahren	5	3	8	5
	Tiefe ³⁾	-4	-4	-16	-23
Industrie					
Startquartal		2. Quartal 1991	2. Quartal 2001	1. Quartal 2008	1. Quartal 2018
Vorkrisenniveau¹⁾	Dauer in Quartalen	39	17	23	26
	Tiefe ³⁾	-84	-12	-38	-27
Pfad²⁾	Dauer in Jahren	9	6	9	6
	Tiefe ³⁾	-109	-60	-63	-34

1) Vergleich mit dem Niveau des letzten Quartals (Jahr) vor Ausbruch der Krise. 2) Vergleich mit dem Niveau des Wachstumspfads. Wachstumspfad auf Basis der tatsächlichen jahresdurchschnittlichen Veränderung der Gesamtwirtschaft oder des Verarbeitenden Gewerbes im Zeitraum 1991 bis 2019. 3) Summe der jährlichen prozentualen Abweichungen der tatsächlichen Werte vom Vorkrisenniveau oder vom Wachstumspfad in Prozent. Vorkrisenniveau bis einschließlich zweites Quartal 2024; Wachstumspfad bis einschließlich Gesamtjahr 2024 (Prognose).

Tabelle: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/5fXxqdaPLRyqsLS>

Zeiten gesehen und vermessen werden. Es wird ersichtlich, wie lange und wie tief die wirtschaftliche Entwicklung unter den hier definierten Wachstumspfad abgetaucht ist. Daraus wird auch eine Produktionslücke („output gap“) mit den entsprechenden Implikationen für die makroökonomische Einkommensentstehung erkennbar. Dieses Vorgehen lässt Rückschlüsse auf die Intensität von Konjunkturkrisen zu. Mit Blick auf die Industrie wird bei dieser Betrachtungsmethode ersichtlich, wie stark das Gesamtergebnis und besonders das hohe Krisenausmaß in den 1990er Jahren vom Ausgangsjahr 1991 abhängt. In der Tabelle sind entsprechende Bewertungen für die vier diskutierten Krisen zu finden.

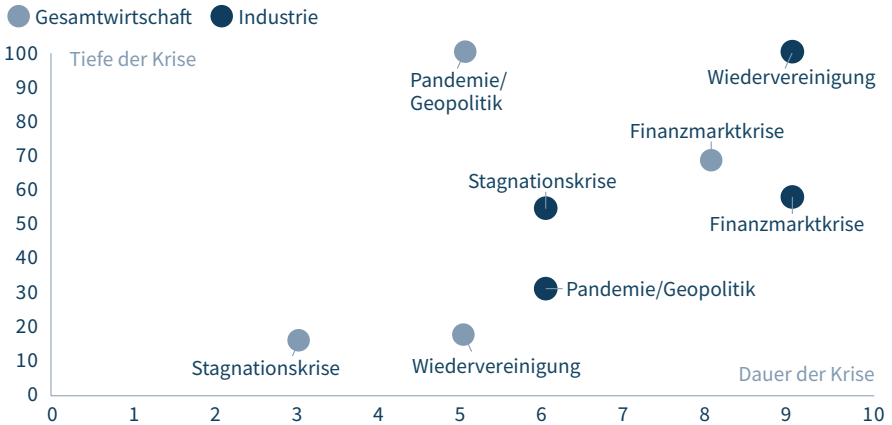
Zum einen sind in der Tabelle bezogen auf die Gesamtwirtschaft und die Industrie die auf Basis der Quartalsbetrachtung und hinsichtlich des **Vorkrisenniveaus** (s. auch Abbildung 3) ermittelten Daten zu Dauer (in Quartalen) und Ausmaß der Krisen dokumentiert. Zum anderen wird für die beiden Betrachtungseinheiten dargelegt, wie lange es (in Jahren) dauerte, bis der jeweilige **Wachstumspfad** wieder erreicht wurde. Für Letzteres ist auch das Erholungstempo nach dem Erreichen des Vorkrisenniveaus relevant. Das Ausmaß der Krisen wird aus der Summe der jährlichen prozentualen Abweichungen der tatsächlichen Werte vom Vorkrisenniveau oder vom Wachstumspfad berechnet und in Prozent ausgewiesen (gerundete Werte auf volle Prozent). Bei der Bewertung der aktuellen Krise ist auf jeden Fall zu bedenken, dass diese Krise nicht abgeschlossen ist und somit ein finaler Befund noch nicht ermittelt werden kann. Der Datenstand umfasst beim Vorkrisenniveau den Zeitraum bis einschließlich des zweiten Quartals 2024, bei der Pfadanalyse ist das Gesamtjahr 2024 auf Basis einer Prognose enthalten. Generell ist bei der unterstellten linearen Entwicklung als Kontrafaktum zu bedenken, dass sie im Vergleich mit anderen Trendverfahren nach vorn gerichtet stets eine größere Herausforderung ausgehend vom jeweiligen konjunkturellen Tiefpunkt darstellt.

Um die Intensität der Konjunkturkrisen aufgrund dieser Vorgehensweise einordnen und bewerten zu können, werden in Abbildung 5 die Ergebnisse der Pfadanalyse für die Gesamtwirtschaft und für die Industrie dargestellt. Um die Tiefe der betrachteten vier Krisen übersichtlich darstellen zu können, werden die Abweichungen vom Wachstumspfad auf die Krise mit der höchsten Abweichung (= 100) normiert. Gemäß der Tabelle

Intensität der Krisen im Vergleich von Gesamtwirtschaft und Industrie

Abbildung 5

Dauer der Krisen in Deutschland in Jahren und Tiefe der Krise¹⁾



1) Tiefe der Krise: Summe der jährlichen (prozentualen) Abweichungen des realen BIP und der realen BWS des Verarbeitenden Gewerbes vom jeweiligen Wachstumspfad. Normiert auf die jeweilige Krise mit der höchsten Abweichung (= 100). Wachstumspfad auf Basis der tatsächlichen jahresdurchschnittlichen Veränderung der Gesamtwirtschaft oder des Verarbeitenden Gewerbes.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 5: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/Henm3HY7ztP9KYw>

war die Wiedervereinigung für die Industrie mit einem Wert von –109 Prozent die bislang stärkste Industriekrise und sie enthält daher den Indexwert 100. Dem entspricht hinsichtlich der aktuellen Krise mit einer Abweichung von –34 Prozent ein Indexwert von 31. Gemäß dieser Bewertungsmethode (Pfadanalyse) können für die Gesamtwirtschaft und die Industrie in Deutschland zum Teil unterschiedliche Befunde und Krisenintensitäten abgeleitet werden:

- Hinsichtlich der Tiefe und der damit verbundenen Abweichung der **Gesamtwirtschaft** von dem seit 1991 angelegten Wachstumspfad hat die aktuelle Problemlage aus Pandemie und geopolitischen Verwerfungen bereits das Niveau aller drei vorhergehenden Krisen zum Teil erheblich übertroffen. Was die Dauer und das finale Belastungsniveau der Gesamtwirtschaft angeht, ist darüber hinaus abzuwarten,

wie lange die aktuelle Krise anhalten wird und sich somit der Abstand zum linearen Trend vergrößert. Mit Abstand folgt die Finanzmarktkrise. Sowohl was die Dauer als auch die Tiefe angeht, waren in gesamtwirtschaftlicher Perspektive die Wiedervereinigungskrise und die Stagnationskrise deutlich weniger belastend.

- Mit Blick auf die **Industrie** war die lang anhaltende Krise nach der Wiedervereinigung mit Abstand der stärkste Tiefgang. Hinzu kommt das lange Andauern bis zum Wiedererreichen des Pfads von fast zehn Jahren. Es wurde bereits angesprochen, dass dies auch vom Ausgangsjahr 1991 abhängt. Die Belastung war in der Stagnations- und Finanzmarktkrise gut halb so groß. Das bislang moderate Ausmaß der aktuellen Krise für die deutsche Industrie ergibt sich im Wesentlichen aus der schnellen Erholung in den Jahren 2020 und 2021. In den vorhergehenden Krisen waren die finalen „Unterwasser“-Zeiten erheblich breiter im Vergleich zu der noch laufenden Industriekrise.

Erholungstempo im Vergleich

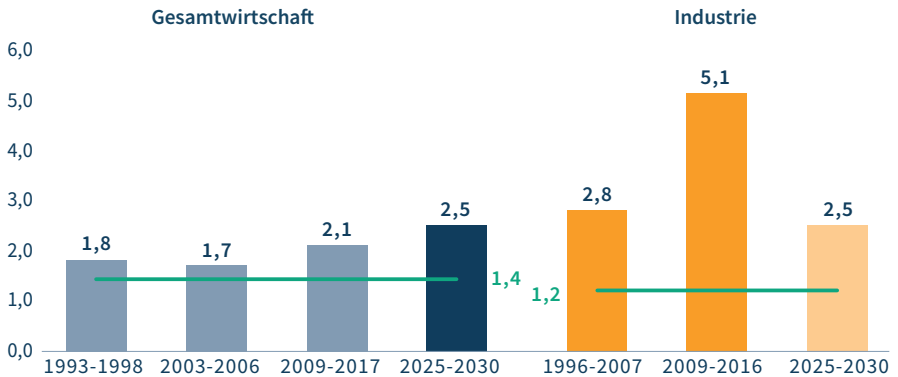
Für eine Einordnung der Konjunkturkrisen kann im Kontext dieser Pfadanalyse auch ermittelt werden, welches Erholungstempo erforderlich ist, um aus der aktuellen Krise heraus wieder auf den gewohnten Wachstumspfad zurückzukehren und die „Unterwasser“-Zeit zu überwinden. Dazu wurde in Abbildung 4 zusätzlich der auf dem Wachstumsdurchschnitt 1991 bis 2019 basierende Pfad bis zum Jahr 2030 fortgeschrieben.

In diesem Kontext zeigt Abbildung 6 für die Gesamtwirtschaft und die Industrie, welches Erholungstempo ausgehend vom Krisentiefpunkt in der Vergangenheit notwendig war, um zum Pfad zurückzufinden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass vor allem in der Industrie die Erholungsphasen bisweilen unterbrochen wurden und ein neues Auftauchen einsetzen musste. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene war in den vorhergehenden Krisen ein Wachstumstempo in einer Größenordnung von 1,7 bis 2,1 Prozent pro Jahr erforderlich, um die Lücke zum Pfad zu schließen. Vor allem zur Bereinigung der Finanzmarktkrise war ein überdurchschnittlich hohes Tempo notwendig. Das galt auch für die Industrie, wo vom Tiefpunkt 2009 bis zum Wiedererreichen des Pfads im Jahr 2016 ein Zuwachs bei der realen BWS von gut 5 Prozent pro Jahr erzielt werden musste.

Erholungstempo in Gesamtwirtschaft und Industrie

Abbildung 6

Jahresdurchschnittliches Wachstum des realen BIP und der realen BWS des Verarbeitenden Gewerbes sowie Durchschnittswachstum im Zeitraum 1991 bis 2019 in Prozent¹⁾



1) Tatsächliches (jeweils ausgehend vom Tiefpunkt bis zum Erreichen des Wachstumspfads) und für den Zeitraum 2025 bis 2030 erforderliches Wachstum, um auf den historischen Wachstumspfad 1991 bis 2019 zurückzukehren.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 6: <https://dl.iwkoeln.de/index.php/s/ffWJQ4oDypwrdb2>

Vor diesem historischen Hintergrund kann berechnet werden, welches Erholungstempo die Gesamtwirtschaft und die Industrie im Zeitraum 2025 bis 2030 leisten müssen, damit eine Rückkehr zu dem bis 2019 gewohnten Wachstumspfad – und der damit unterstellten linearen Wohlstandsentwicklung – möglich ist. Während auf gesamtwirtschaftlicher Ebene im Vergleich zu den früheren Erholungsphasen ein erheblich stärkeres Tempo vorgelegt werden muss, reicht in der Industrie ein nur halb so hohes Wachstum im Vergleich zur Finanzmarktkrise. Dabei ist zu bedenken, dass die Industrie bereits im Basiszeitraum 1991 bis 2019 ein schwächeres Durchschnittswachstum als die Gesamtwirtschaft hatte. Gleichwohl ist auch in der Industrie das künftige Erfordernis doppelt so hoch wie das langfristige Durchschnittswachstum. Entscheidend für das Gelingen ist in jedem Fall, dass die Erholung schnell und anhaltend einsetzt.

Bezogen auf die Gesamtwirtschaft erscheint das notwendige Wirtschaftswachstum von jährlich 2,5 Prozent für die kommenden sechs Jahre eine kaum realisierbar erscheinende Herausforderung zu sein. Das Wachstumspotenzial der deutschen

Volkswirtschaft dürfte in den kommenden Jahren durch die demografische Entwicklung empfindlich abgebremst werden (Hüther et al., 2024). Hinzu kommen die Anpassungslasten durch die geopolitisch notwendigen Restrukturierungen und die Dekarbonisierung. Damit ist ernsthaft zu befürchten, dass die deutsche Volkswirtschaft den im Zeitraum 1991 bis 2019 erfahrenen Entwicklungs- und Wohlstandspfad auf absehbare Zeit nicht wieder erreichen wird.

Literatur

- Aiyar, Shekhar et al., 2023, Goeconomic Fragmentation and the Future of Multilateralism, IMF Staff Discussion Notes, Nr. SDN/ 2023/001, Washington, D.C.
- Bardt, Hubertus et al., 2024, Licht und Schatten der deutschen Konjunktur – IW-Konjunkturprognose Herbst 2024, IW-Kurzbericht, Nr. 68, Köln
- Demary, Vera et al., 2024, Herausforderungen der Transformation für die Unternehmen in Deutschland – Ergebnisse einer IW-Befragung, in: IW-Trends, 51. Jg., Nr. 3, S. 89–106
- Döhrn, Roland, 2014, Konjunkturdiagnose und -prognose, Eine anwendungsorientierte Einführung, Berlin / Heidelberg
- Grömling, Michael, 2019, Breiter Konjunkturpessimismus – IW-Konjunkturumfrage Herbst 2019, IW-Kurzbericht, Nr. 78, Köln
- Grömling, Michael, 2020, Langfristeffekte der Corona-Pandemie – eine Orientierung, IW-Report, Nr. 35, Köln
- Grömling, Michael, 2021, Zuversicht dominiert für 2022, IW-Konjunkturumfrage Spätherbst 2021, IW-Report, Nr. 45, Köln
- Grömling, Michael, 2022, Wirtschaftliche Effekte des Krieges in der Ukraine – Ausgangslage und Übertragungswege, IW-Report, Nr. 14, Köln
- Grömling, Michael, 2024a, Industrieschwäche auf breiter Front – Hintergründe und Perspektiven, IW-Kurzbericht, Nr. 63, Köln
- Grömling, Michael, 2024b, Herausforderungen der Industrie am Standort Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 74. Jg., Nr. 4-5, S. 25–34
- Grömling, Michael, 2024c, Wirtschaftliche Auswirkungen der Krisen in Deutschland, IW-Report, Nr. 11, Köln
- Hüther, Michael, 2017, Versuche, die Robustheit der deutschen Volkswirtschaft zu verstehen, in: Wirtschaftsdienst, 97. Jg., Nr. 7, S. 490–498
- Hüther, Michael / Fremerey, Melinda / Gerards Iglesias, Simon, 2024, Zur Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland: sortierende Bemerkungen, in: Wirtschaftsdienst, 104. Jg., Nr. 3, S. 175–179
- Obst, Thomas / Matthes, Jürgen / Sultan, Samina, 2024, What if Trump is re-elected?, Trade policy implications, IW-Report, Nr. 14, Berlin / Köln
- SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2002, Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum, Jahresgutachten 2002/03, Wiesbaden

Comparing the Intensity of Economic Crises

In 2024, the German economy has stagnated, performing at a level that has barely changed since 2019. Its foreign trade is suffering from geopolitical conflicts and the resulting slowdown in the global economy. Domestically, there is an investment crisis and cost shocks have weakened the competitiveness of German industry. This paper analyses the country's current economic plight in comparison with the other crises it has experienced since 1991. A simple concept is used to measure the intensity of these crises' economic impact. By comparing actual economic developments with the long-term growth path it is possible to identify the periods when the economy as a whole and manufacturing in particular were functioning below par, a procedure that can also be used for regular economic and crisis monitoring. While it is too early to assess the duration of the current downturn and the ultimate degree of strain it will have caused, for the economy as a whole, the depth of the crisis resulting from the pandemic and geopolitical upheaval has already exceeded that of all three of the preceding crises, in some cases by a wide margin. For manufacturing industry, however, it is already clear that the ultimate periods of below-par performance were considerably broader in the preceding crises. A further way of assessing the state of underperforming economies is to determine the speed of recovery required to return from the current crisis levels to the previously experienced growth path. In the case of today's Germany, this would necessitate annual economic growth of 2.5 per cent for the next six years, leading to serious doubts that the country's economy can revert to its accustomed rate of development and prosperity in the foreseeable future.